Parallelen und Differenzen im Umgang mit extrem rechten Jugendlichen im Ost-West-Verhältnis. Eine machtkritische Analyse des Diskurses um die akzeptierende Jugendarbeit und das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt

Stefanie Lindner

Zusammenfassung: Die extrem rechte Gewalt der 1990er-Jahre war von Debatten in öffentlichen Medien, Erziehungswissenschaften und Sozialer Arbeit begleitet. Jedoch mangelt es der Jugendarbeit bis heute an Konzepten für den Umgang mit extrem rechten Jugendlichen. Der Artikel analysiert Fachliteratur zum Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG), das 1992 als Modelprogramm in den damaligen neuen Bundesländern implementiert wurde, und zum Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit, das Ende der 1980er-Jahre in Bremen entwickelt wurde. Eine Grounded Theory basierte Literaturanalyse arbeitet Parallelen und Differenzen heraus. Eine bis heute gängige Annahme, das Scheitern pädagogischer Maßnahmen gegen extrem rechte Gewalt sei direkte Folge der Bedingungen der Transformationsgesellschaft, wird dadurch infrage gestellt. Vielmehr zeigt sich, dass die spezifische Form der Entpolitisierung extrem rechter Gewalt nicht erst in der Praxis der AgAG-Projekte entstand, sondern bereits in der Literatur zur akzeptierenden Jugendarbeit konzeptuell verankert war. Der Artikel nutzt zwei machtkritische Ansätze, die unterstreichen, dass West-Ost als hierarchisierendes Ordnungsmoment bei der Bewertung pädagogischer Arbeit im Kontext von Rechtsextremismus Einfluss haben könnte.

Schlüsselbegriffe: Rechtsextremismus, akzeptierende Jugendarbeit, AgAG, Transformationsgesellschaft, Ostdeutschland, Dominanzkultur

Dealing with right wing youth: Parallels and differences in East and West Germany. An analysis of the discourse of „akzeptierende Jugendarbeit“ and the „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ from a perspective critical of power structures

Summary: This article analyzes pedagogical concepts and programs dealing with right-wing youth in the 1990 s. The „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG) was implemented in 1992 in the so called „Neue Bundesländer“ – the states that once made up East Germany. The concept known as „akzeptierende Jugendarbeit“ was developed in Bremen in the late 1980 s. The article presents the results of a grounded theory-based analysis of selected literature, showing the parallels and differences between AgAG and „akzeptierende Jugendarbeit“. A widespread assumption is that the failure of pedagogical measures against right-wing violence is a direct consequence of the conditions of the transformation society. The presented results of the literature analysis challenge this assumption. Instead, they show that a specific form of depoliticization of right-wing violence did not arise in the practical work in East Germany but rather that this depoliticization was already conceptually anchored in the literature on „akzeptierende Jugendarbeit“. The paper points out two approaches which

are critical of power structures that could explain why West-East as a hierarchical ordering element might have an influence on the evaluation of pedagogical work in the context of right-wing extremism.

Keywords: right-wing extremism, Social Work, East Germany, 1990 s

1 Einleitung

Zu Beginn der 1990er-Jahre war der internationale Blick auf Deutschland u. a. durch Bilder rechtsterroristischer Brandanschläge und pogromartiger, rassistischer Ausschreitungen geprägt. Während in den westdeutschen Städten Solingen und Mölln migrantisierte Menschen als Folge von rechten Anschlägen in ihren Wohnhäusern verbrannten, bedrohten Neonazis und Anwohner:innen über Tage hinweg im Osten Deutschlands, bspw. in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen, Vertragsarbeiter:innen und asylsuchende Menschen und vertrieben sie aus den Unterkünften und der Stadt.

In diesem Zusammenhang installierte die Bundesregierung für den Bereich Jugendarbeit 1992 das „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG). Allerdings fokussierte das Programm ausschließlich die damaligen neuen Bundesländer. Dies wurde mit dem Transformationsprozess nach dem Systemumbruch begründet: Nach Abwicklung der DDR-Strukturen sollte durch das Programm der Aufbau neuer Jugendhilfestrukturen gefördert werden, die sich an denen der BRD orientierten. In diesem Artikel wird die Konstruktion jugendlichen Gewalthandelns im Kontext von Rechtsextremismus in der Fachliteratur Sozialer Arbeit der 1990er-Jahre analysiert. Dazu wurde Primärliteratur zum AgAG und Literatur zum Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit untersucht. Die darin vorgefundenen Adressat:innenkonstruktionen, das Verständnis von Gewalt sowie die Erklärungsmuster zu deren Entstehen und die pädagogischen Handlungskonzepte werden rekonstruiert und zueinander ins Verhältnis gesetzt. Die sich daraus ableitenden Erkenntnisse stellen die eindimensionale Annahme von extrem rechter Gewalt als hauptsächlich ostdeutsches Phänomen und Resultat der „Wendeerfahrung“ infrage. Der Artikel zeigt auf, wie eine ideologisch-rechte Gewaltmotivation mit einem Narrativ der Kritik an gesellschaftlichen Zuständen überschrieben wurde und wie sich darin eine Perspektive auf die Transformationsgesellschaft im Spannungsfeld Ost-West findet, die im Fachdiskurs bis heute relevant ist. Als Ausblick werden die machtkritischen Ansätze Ossifizierung (Heft 2018) und Dominanzkultur (Rommelspacher 1995) als Faktoren im Diskurs um das AgAG und die akzeptierende Jugendarbeit expliziert.

Der Artikel beginnt mit einer kurzen Einordnung des AgAG und der akzeptierenden Jugendarbeit. Die kritische Betrachtung des (Fach-)Diskurses zum AgAG lässt in der Diskursdynamik eine angenommene Überlegenheit „des Westens“ erkennen – dafür wird das gängige Erklärungsmuster einer fehlenden Fachlichkeit der Mitarbeiter:innen und regionaler rechter Hegemonie ausdifferenziert. Daran anschließend werden die Ergebnisse einer kritischen Textanalyse der damaligen Konzept- und Evaluationsliteratur präsentiert. In dieser wurde die Darstellung der jugendlichen Adressat:innen und daraus abgeleitete pädagogische Reaktionen rekonstruiert. Relevant dafür sind die Einordnung und Bewertung der Gewalt sowie die verwendeten Erklärungsmuster zu deren Entstehung. Hierbei werden Differenzen

und Parallelen herausgearbeitet und die Ergebnisse in Bezug zur damaligen Kritik an Programm und Konzept gesetzt. Weiter zeichnet der Artikel nach, dass sich eine spezifische Form der Entpolitisierung rechter Gewalt zeigt, die im Diskurs um das AgAG auch vielfach kritisiert wurde (Dierbach 2010; Autrata 2003; Buderus 1998; Rommelspacher 1992). Anhand der Literaturanalyse wird aber nachvollziehbar, dass diese Form der Entpolitisierung ihren Ursprung nicht im AgAG oder seiner praktischen Umsetzung hat, sondern bereits in den Veröffentlichungen zur akzeptierenden Jugendarbeit konzeptuell verankert ist.

Dieser Artikel möchte weder Verantwortliche noch Mitarbeitende der Konzepte, Programme und Projekte aus den 1990er-Jahren kritisieren. Vielmehr sollen die Erfahrungen, Forschungen und Perspektiven der letzten 30 Jahre genutzt werden, um Analysen und Erkenntnisse als Grundlage für die (Weiter-)Entwicklungen in der Arbeit mit rechten Jugendlichen zu verwenden.

2 Das AgAG: ein ambivalentes Bundesmodellprogramm

Das „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt" (AgAG) startete am 01. Januar 1992 als Bundesmodellprogramm. Mit einem hohen Finanzvolumen[1] wurden über die Laufzeit von vier Jahren 123 Projekte in 30 Schwerpunktregionen gefördert (vgl. Bohn/Münchmeier 1997: 11). Das AgAG beinhaltete Beratungs- und Qualifizierungsstrukturen für die einzelnen Projekte sowie wissenschaftliche Begleitung und umfangreiche Evaluation. Das „Großprojekt" (Autrata 2003: 85) oder „Großversuch" (Schumacher/Zimmermann 2021: 1) war nicht, wie häufig angenommen, eine Reaktion auf „die Fanaltaten von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen sowie […] vergleichbare Vorkommnisse primär im Osten Deutschlands" (Möller 2003: 28). Sondern die ersten Planungen begannen bereits im Mai 1991 (vgl. Bohn et al. 1993: 301), also vor den pogromartigen Ausschreitungen in Hoyerswerda und der damit zusammenhängenden breiteren Sichtbarkeit und internationalen Aufmerksamkeit für das Phänomen „rechte Gewalt in (Ost-)Deutschland". Durch die mediale Aufmerksamkeit, die mit den rechten und rassistischen Ausschreitungen einherging, rückte das AgAG in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung (vgl. Bohn et al. 1993: 301) und wird auch als Vorläuferin der späteren Bundesprogramme zur Rechtsextremismusprävention betrachtet (vgl. Blome/Manthe 2014: 4).

Allerdings ist die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in der Zielformulierung des AgAG nicht zu finden:

> „Die Ziele des Programmes waren es, gewaltbereite und gewalttätige Jugendliche in die Maßnahmen der Jugendhilfe einzubinden sowie den Aufbau von Jugendhilfestrukturen in den neuen Ländern zu unterstützen." (Bohn/Münchmeier 1997: 11).

Dass es besonders um rechtsextrem motivierte Gewaltausschreitungen ging, wird in der Programmliteratur erst im Zusammenhang mit Verweisen auf internationale Medienberichterstattung erwähnt (vgl. Bohn/Münchmeier 1997: 15). In der „Kurzdarstellung des Akti-

1 Die Angaben zur Fördersumme sind uneindeutig. Während Birgit Rommelspacher et al. (2003: 56) von 30 Millionen Euro pro Jahr ausgehen, werden an anderer Stelle (BIKnetz: https://www.vielfalt-mediathek.de/wp-content/uploads/2020/12/biknetz_agag_faktenblatt.pdf) 20 Millionen DM pro Jahr genannt. Aus einer Primärquelle lassen sich 17 Millionen DM für die Förderperiode von drei Jahren (Bohn et al. 1993: 304) – also 6 Millionen DM pro Jahr – annehmen.

onsprogrammes“ sind die „Verursachungszusammenhänge“ der „beobachtbaren Phänomene jugendlicher Gewaltaktionen“ „heterogen, uneinheitlich und diffus“ (vgl. Bohn/Münchmeier 1997: 29). „Ausländerfeindlichkeit“ wird zwar als problematische Einstellung der jugendlichen Adressat:innen benannt, jedoch übergreifend als symptomatischer Ausdruck einer allgemeinen Verunsicherung thematisiert (vgl. Bohn/Münchmeier 1997: 58–61) – und nicht als tatsächliche Motivation des Gewalthandelns. Für Nils Schumacher und Gillian Zimmermann dokumentiert sich das ambivalente Verhältnis von Rechtsextremismus und Gewalt im AgAG bereits in der Covergestaltung der Programmevaluation: Die „Zeichnung eines zum Hakenkreuz geformten Skinheads mit Baseballschläger in weißem Kreis auf rotem Grund“ (2021: 16) stelle deutlich Bezug zu Rechtsextremismus her, während im Text nur allgemein von Gewalt, respektive Jugendgewalt gesprochen wird. Es finden sich dort wenige und lediglich implizite Bezüge, die den Fokus auf extrem rechter Gewalt erahnen lassen.

Den Evaluationsberichten zufolge wurde der Aufbau einer modernen und fortschrittlichen Form der Jugendarbeit, die interdisziplinäre Vernetzung, Lebensweltorientierung, Empowerment und integrative Ansätze von sozialarbeiterischen Angeboten angestrebt. Hierbei wurden auch immer wieder die stark formalisierten und unflexiblen Jugendhilfestrukturen der BRD als negativer Bezugsrahmen gesetzt und eine klare Abgrenzung von hierarchischen und administrativen Steuerungsprozessen zugunsten einer hohen Autonomie der einzelnen Projekte benannt (Bohn/Münchmeier 1997). Dies wurde, orientiert an Helmut Willke, als „Institutionalisierung von Heterogenität“ bezeichnet (Bohn/Münchmeier 1997: 126 f.). Die im Programm dargestellten Handlungsprinzipien wirken wie der Versuch einer Methodisierung von „Trial-and-Error“. So verblieb die Benennung und Beschreibung konzeptuell strukturierten, methodischen Handelns vage und im Unbestimmten, während zugleich betont wurde, dass es sich bei der Programmkonzeption um ein Novum handle. Diese Offenheit kann sich durchaus als progressive fachliche Antwort auf damalige Herausforderungen deuten lassen. Gleichzeitig entstand der Eindruck, dass das Programm etwas „konzeptionslos initiiert wurde und man […] gezwungen war, dies jugendpolitisch zu überbauen“ (Autrata 2003: 96). Es gab zur damaligen Zeit allerdings ein dezidiertes sozialpädagogisches Konzept für die Arbeit mit extrem rechten Jugendlichen, das im Folgenden erläutert wird.

2.1 Das Verhältnis von AgAG und akzeptierender Jugendarbeit: eine Ost-West-Debatte?

Das Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit wurde Ende der 1980er-Jahre von Franz Josef Krafeld zusammen mit Studierenden in Bremen entwickelt (vgl. Krafeld 1992: 8). Vertreter:innen der akzeptierenden Jugendarbeit argumentieren, dass Jugendliche, die politisch rechte Orientierungen und daraus resultierendes Gewalthandeln zeigen, nicht aus der Jugendarbeit ausgeschlossen werden sollen (vgl. Krafeld et al. 1996: 13 f. und 31). Das zentrale pädagogische Element des Konzeptes ist Beziehungsarbeit. Es sollen die Probleme bearbeitet werden, „die die Jugendliche haben, nicht die Probleme, die sie machen“ (Krafeld et al. 1996: 14) und Pädagog:innen besser „zuhören, statt belehren“ (Krafeld et al. 1996: 18). Betont wird, dass Rechtsextremismus kein Jugendproblem ist, sondern ein gesamtgesellschaftliches. Daraus wird die Notwendigkeit einer (neuen) Offenheit von Angeboten der Jugendarbeit für die Zielgruppe abgeleitet. Grundannahme des Konzeptes ist, dass Jugendliche mit rechten und rechtsextremen Ansichten die Chance zur Einstellungsänderung haben, wenn Pädagog:innen sich auf einen

„personenbezogenen Austausch“ (Krafeld et al. 1996: 18) einlassen und die Jugendlichen trotz ihrer Haltung akzeptieren und ernst nehmen. Dies bedeutet für Fachkräfte aber auch, der rechten Einstellung der Jugendlichen eigene, demokratische Haltungen entgegenzustellen. Pädagog:innen sind somit im Idealfall Reibungsfläche, Vorbild und Berater:innen zugleich.

Sowohl im medialen Diskurs als auch in der Fachdebatte werden die Begriffe „akzeptierende Jugendarbeit“ und „AgAG“ häufig zusammengefasst und/oder synonym verwendet. Hier ist allerdings festzuhalten, dass es auf programmatischer Ebene keine Verbindung gab. Das Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit wird in der Programmevaluation nicht genannt. Allerdings berichten damalige Praktiker:innen nicht selten, dass sie akzeptierende Jugendarbeit gemacht hätten (vgl. Nolde 2021: 31 f.) und ehemalige Fachkräfte verweisen auf einen Austausch mit Kolleg:innen aus Westdeutschland.

Das AgAG wurde Ende der 1990er-Jahre für gescheitert erklärt (Glaser/Greuel 2012: 5; Bruns 2019: 78 ff.). Zugespitzt formuliert, wurde die akzeptierende Jugendarbeit in diesem Zusammenhang als „westdeutsches Konzept“ dargestellt, das unter den „ostdeutschen Bedingungen“ nicht funktionieren konnte. Die im Fachdiskurs dafür herangezogenen Erklärungsmuster, die das Scheitern des AgAG begründen, waren die einer rechten Hegemonie in den damaligen neuen Bundesländern und eine mangelnde Professionalität der ostdeutschen Fachkräfte (vgl. Krafeld 1999: 10 f.). Diese Annahmen werden bis heute im Diskurs unterschiedlich kritisch rezipiert (Stützel 2019; Köttig 2021; Glaser 2022).

So ist unbestritten, dass es eine Spezifik extrem rechter Gewalt im Ostdeutschland der 1990er-Jahre gab, die aktuell am ehesten in biografischen und popkulturellen Veröffentlichungen sichtbar gemacht wird, während umfassende und differenzierende Analysen in der Fachliteratur noch fehlen. Daher bleibt an dieser Stelle lediglich der Verweis auf die zeithistorische Analyse zu sogenannter fremdenfeindlicher Gewalt von 1993. Darin arbeiteten Helmut Willems und Kolleg:innen (1993: 139 ff.) im Ost-West-Vergleich zwar (strukturelle) Unterschiede heraus, aber keine Anhaltspunkte, die rechte Gewalt generell als spezifisches Phänomen der damaligen neuen Bundesländer markieren würden.

Bezüglich der Professionalität der Mitarbeitenden lässt sich festhalten, dass die Fachkräfte im AgAG kaum pädagogisch qualifiziert waren. Lediglich 37 Prozent der Fachkräfte waren pädagogisch ausgebildet, während 63 Prozent Handwerker:innen, Künstler:innen und Wissenschaftler:innen waren (vgl. Bohn/Münchmeier 1997: 46 f.). Wird dies ins Verhältnis zu allen Mitarbeitenden im AgAG gesetzt, zeigt sich, dass pädagogisch ausgebildete Personen insgesamt nur 16 Prozent der gesamten Mitarbeiter:innen stellten (vgl. Bohn/Münchmeier 1997: 46 f.).

Es sei hier angemerkt, dass im AgAG explizit Qualifizierungsmöglichkeiten für Fachkräfte angelegt waren und forciert wurden. Diese konnten nur von wenigen Fachkräften wahrgenommen werden. Nils Schumacher und Gillian Zimmermann (2021: 40 f.) weisen darauf hin, dass das strukturelle Gründe hatte und für viele Fachkräfte, trotz eines Bewusstseins für die Notwendigkeit von Fort- und Weiterbildung, die Mehrbelastung nur schwer zu leisten war. Daraus lässt sich schließen, dass die mangelnde pädagogische Qualifikation ein strukturelles oder mindestens strukturell bedingtes Problem war.

Die oben erläuterten Erklärungszusammenhänge aus dem Fachdiskurs stellen sich also differenzierter dar. Auch die Annahme, die damaligen Fachkräfte hätten Inhalte des Konzeptes nicht gekannt und „akzeptierende Jugendarbeit“ ausschließlich als inhaltsleere Chiffre verwendet, ohne um die Existenz eines Konzeptes zu wissen (vgl. Krafeld 1999: 9), ist nicht eindeutig verifizierbar. Belegt ist hingegen, dass unter dem Begriff der *Akzeptanz* Projekte

legitimiert wurden, in denen rechte Jugendliche selbstorganisiert ihre Räume verwalteten und sich jeglicher sozialarbeiterischen Intervention entzogen, respektive diese für sich nutzten (Bruns 2019). Das wohl bekannteste Beispiel für die negativen Folgen des AgAG (und der akzeptierenden Jugendarbeit) zeigt sich im NSU-Komplex, worauf im Folgenden näher eingegangen wird.

2.2 Die Kritik: vom Aktionsprogramm und der akzeptierenden Jugendarbeit zum NSU-Komplex

Bevor die Zusammenhänge und die Kritik an Programm und Konzept in ihrer chronologischen Abfolge dargestellt werden, sei festgehalten, dass nur ein Teil der AgAG-Projekte mit extrem rechten Jugendlichen arbeitete (vgl. Böhnisch et al. 1997: 191). Trotzdem sahen sich die Programmverantwortlichen bereits Anfang der 1990er-Jahre mit massiver öffentlicher und medialer Kritik konfrontiert, pointiert formuliert als „Glatzenpflege auf Staatkosten" (Drieschner 1993). Die regionalen und überregionalen Medienberichte wurden z. T. von der koordinierenden Stelle des Programmes, dem Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS), in Briefform beantwortet (einige Beispiele: Bohn et al. 1997: 291–321). Weniger Aufmerksamkeit erhielten die umfassend recherchierten und fundierten Analysen in Veröffentlichungen antifaschistischer Aktivist:innen – wie die 1997 erschienene Broschüre „Rosen auf den Weg gestreut", herausgegeben von Norddeutschen Antifagruppen – sowie mehrere Artikel im Antifaschistischen Infoblatt (u. a. AIB 21/1.1993; AIB 39/3. 1997). In diesen Artikeln wurde jeweils davor gewarnt, dass die sozialarbeiterische Unterstützung von extrem rechten Jugendlichen, mindestens indirekt, deren Ideologie legitimiert. Weiter wurde darauf aufmerksam gemacht, dass dadurch Räume für Jugendliche, die sich nicht als extrem rechts definieren, unzugänglich wurden.

Der Diskurs wurde von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen und Expert:innen, beispielsweise vom Zentrum Demokratischer Kultur, u. a. in Schriftreihen weiter geführt. Nach dem Programmende 1996 fielen die Projekte der offenen Jugendarbeit aus der Förderlogik der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus heraus (vgl. Glaser/Greuel 2012: 6). In der Sozialen Arbeit und den Erziehungswissenschaften wurde bis ca. Mitte der 2000er-Jahre diskutiert, ob und wie Soziale Arbeit mit rechten Jugendlichen arbeiten könne (u. a. Rommelspacher 2003; Weber 1999; Scherr 2003).

Erneute Aufmerksamkeit erhalten Programm (AgAG) und Konzept (aJA) im Zusammenhang mit dem NSU-Komplex. So stellt sich die Frage, wie Soziale Arbeit dazu beitrug, dass ein rechtsterroristisches Netzwerk unentdeckt über Jahre hinweg systematisch migrantisierte Menschen ermorden, Anschläge verüben und weitere Straftaten begehen konnte (Kleffner 2015). Aktuelle Veröffentlichungen arbeiten heraus, dass sich die Täter:innen in Räumen der offenen Jugendarbeit treffen, politisch sozialisieren und vernetzen konnten (Bruns 2019). Dass die akzeptierende Jugendarbeit in der Manifestation regionaler rechter Strukturen eine Rolle spielte, wurde von Matthias Quent auch im sogenannten Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss benannt (Thüringer Landtag 2014: 396).

Der antirassistische Zusammenhang „NSU-Komplex-auflösen" hat im Zuge der Anklageschrift zum „Tribunal NSU-Komplex auflösen" in Köln-Mühlheim 2017 nicht nur Angela Merkel als verantwortliche Ministerin für die Implementierung des AgAG, sondern auch namentlich Franz Josef Krafeld und die Vertreter:innen eben jenes Konzeptes der akzeptie-

renden Jugendarbeit für die Ermöglichung der Mordserie „angeklagt“ (vgl. Tribunal NSU-Komplex auflösen 2017: 11 f.).

Ebenso wie bereits in den 1990er-Jahren scheint dem Impuls für die wissenschaftliche Auseinandersetzung eine zivilgesellschaftliche und antifaschistisch-aktivistische Kritik voranzugehen.

3 Welche Rolle spielt Rechtsextremismus im AgAG?

3.1 Kontext und methodisches Vorgehen der Literaturanalyse

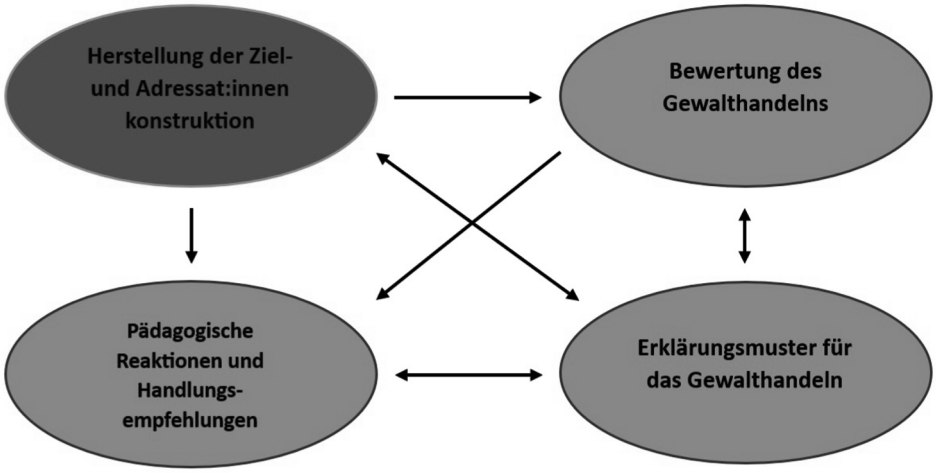
Ausgehend von der Indifferenz, in der das Programm AgAG und das Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit zueinander stehen, wurde mit einer Grounded Theory basierten Analyse damaliger Primärliteratur der Versuch unternommen, das Verhältnis der beiden an methodischen und programmatischen Parallelen und Unterschieden zu rekonstruieren. Diese Literaturanalyse ist im Rahmen eines Dissertationsprojektes entstanden, das der Frage nachgeht, wie Soziale Arbeit mit der extrem rechten Gewalt in den 1990er-Jahren in einem ostdeutschen Bundesland umging. Ausgangspunkt der Literaturanalyse war Band 1 der Reihe „Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ von 1997[2]. Dabei handelt es sich um die offizielle Evaluation des AgAG, die bereits in der Programmplanung mit angelegt war. Die Interpretation des Materials ermöglicht es, die konzeptionelle Logik des Programmes zu rekonstruieren. Dabei muss bedacht werden, dass „die ausgewerteten Dokumente jeweils der Eigenlogik und den Zielen ihrer Verfasser:innen folgen“ (Schumacher/Zimmermann 2021: 4), welche mit diesem Vorgehen nicht extrahiert und kontextualisiert werden können. Es lassen sich aus dem Material heraus keine Aussagen zur Handlungspraxis der Praktiker:innen treffen.

Geleitet von der Frage: Wie werden Zielsetzung und Adressat:innen in der Literatur konstruiert? wurde das Material durch offenes Kodieren aufgebrochen (vgl. Strübing 2014: 16). Die weiteren Bände der Evaluation wurden anhand der dabei entwickelten Kategorien kodiert und dadurch relevante Stellen identifiziert, die mit ins Sample aufgenommen wurden. Basierend auf der obigen Ausgangsfrage wurden durch axiales Kodieren die Kategorie *Herstellung der Ziel- und Adressat:innenkonstukion* herausgearbeitet. Davon ausgehend wurden in abduktiven Prozessen folgende weitere Kategorien entwickelt: *Bewertung des Gewalthandelns* und *Pädagogische Reaktionen und Handlungsempfehlungen.* Zugleich interagierte die Kategorie *Bewertung des Gewalthandelns* wechselseitig mit der Kategorie *Erklärungsmuster für das Gewalthandeln.* Die Kategorie der Erklärungsmuster für Gewalthandeln steht zugleich in wechselseitiger Interaktion mit den drei anderen Kategorien.

Um nachzuvollziehen, worin sich die Bezugnahme und Gleichsetzung von AgAG und akzeptierender Jugendarbeit begründet und worin sich die Abgrenzung belegen lässt, wurde anhand der obigen Vergleichskategorien weitere Literatur analysiert. Da es zur Anwendung

2 Die Buchreihe zum Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt von 1997 umfasst 5 Bände:
Band 1 Irina Bohn/Richard Münchmeier: Dokumentation des Modellprojekte; Band 2 Lothar Böhnisch/Karsten Fritz/Thomas Seifert (Hrsg.). Die wissenschaftliche Begleitung. Ergebnisse und Perspektiven; Band 3 Irina Bohn/Jürgen Fuchs/Dieter Kreft (Hrsg.). Materialsammlung aus der öffentlichen Diskussion; Band 4 Irina Bohn/Dieter Kreft (Hrsg.). Dokumentation der Internationalen Tagung „Jugend und Gewalt“; Band 5 Irina Bohn/Dieter Kreft/Gerhard Segel (Hrsg.). Kommunale Gewaltprävention. Eine Handreichung für die Praxis.

Abbildung 1: Visualisierung der Kategorienbildung



der akzeptierenden Jugendarbeit – anders als für das AgAG – keine abschließende Evaluation gibt, wurde Literatur herangezogen, die eine ähnliche Struktur wie Band 1 der AgAG-Evaluation aufweist. Exemplarisch wurden zwei Veröffentlichungen[3] ausgewählt, die sich aus konzeptionell beschreibenden und theoretisch begründenden Abschnitten zusammensetzen, Berichte aus der Praxis enthalten und im gleichen Zeitraum veröffentlicht wurden.

Das Material zeigt Brüche und Ambivalenzen in der Zielformulierung und der Beschreibung der Adressat:innen. Nachvollziehbar wird auch, wie diese sich herstellen und begründen. Das wird im Folgenden rekonstruiert und erläutert.

3.2 Parallelen und Differenzen in der Adressat:innenkonstruktion

Auch wenn es im Aktionsprogramm keinen programmatischen Bezug auf das Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit gibt und sich Verbindungen in der Praxis unterschiedlich gestalten, verfolgen Programm und Konzept ähnliche Grundideen: jugendliche, rechte Gewalttäter:innen als Adressat:innen der Sozialen Arbeit und im Besonderen der Jugendsozialarbeit zu legitimieren und ihr Verhalten lösungsorientiert auf einer pädagogischen, statt einer staatlich-repressiven Ebene zu bearbeiten.

Über die Parallelen und Unterschiede im Literaturvergleich bietet die folgende Tabelle einen komprimierten Überblick, der sich auf die oben eingeführten Kategorien stützt. Anschließend werden Teile daraus vertieft und auf Folgen und Zusammenhänge eingegangen.

3 Heim, Gunda; Krafeld, Franz Josef; Lutzebäck, Elke; Schaar, Gisela; Storm, Carola & Welp, Wolfgang (Hrsg.) (1992). Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen. Landeszentrale für politische Bildung Bremen: Steintor sowie: Krafeld, Franz Josef (1996). Die Praxis Akzeptierender Jugendarbeit. Konzepte – Erfahrungen – Analysen aus der Arbeit mit rechten Jugendcliquen. Opladen: Leske und Budrich.

Tabelle 1: Überblick Parallelen und Differenzen in der Adressat:innenkonstruktion

Die Rolle der …	… im AgAG	… in der akzeptierenden Jugendarbeit
Adressat:innenkonstruktion	Ambivalente Darstellung: In den konzeptuellen Textabschnitten wird allgemein von gewaltbereiten Jugendlichen ausgegangen. In deskriptiven Teilen (Alltagsbeschreibung) finden sich explizite und implizite Bezüge der Jugendlichen zu rechten und rechtsextremen Ideologien.	Jugendliche werden in ihrer Selbstpräsentation als Skins und als Rechte wahrgenommen und dargestellt. Rahmung als Provokation. Rechtsextreme Inhalte werden zwar benannt, zugleich aber verharmlost.
Bewertung des Gewalthandeln	problematisch und soll beendet werden	jugendspezifisch-legitime Kommunikationsform
Erklärungsansätze für Gewalthandeln	Jugendliche als Opfer der Verhältnisse („Wende“ als zentrale Herausforderung) (rechtsextremes) Gewalthandeln als dysfunktionale, aber kausal logische Reaktion	Jugendliche als Opfer der Verhältnisse (Adoleszenz: gesamtgesellschaftliche und individuelle Situation) (rechtsextremes) Gewalthandeln als provokative Reaktion, die Aufmerksamkeit garantiert
pädagogische Reaktion	keine Beschreibung von konkreten pädagogischen Reaktionen	Pädagog:innen halten rechtsextreme Äußerungen bewusst aus, um dadurch Vertrauensaufbau zu stärken

Die Adressat:innenkonstruktion in der AgAG-Literatur zeigt Inkonsistenzen und Ambivalenzen. Dies bedingt sich u. a. dadurch, dass die Projekte bewusst offen gehalten und möglichst viele (verschiedene) Jugendliche ansprechen sollten. Im Folgenden wird ausgeführt, wie die Ambivalenz in der Adressat:innenkonstruktion von rechten Jugendlichen zu einer spezifischen Form der Entpolitisierung beiträgt.

3.3 Adressat:innenkonstruktion im AgAG

In den konzeptuellen Teilen der AgAG-Literatur werden Einstellungsmuster der Jugendlichen nicht thematisiert. Ohne entsprechendes Kontextwissen ist nicht sichtbar, dass es rechtsextreme und rassistisch motivierte Gewalt ist, welche durch die Angebote des Aktionsprogramms deeskaliert werden soll. In den deskriptiven Teilen, den „Alltagsnotizen“ (das sind Darstellungen aus der Praxis und den Projektbeschreibungen) hingegen, werden die Jugendlichen z. T. eindeutig als „Rechte“ oder „Skins“ bezeichnet. Des Weiteren sind die rechtsextremen Bezüge der Jugendlichen an vielen Stellen implizit zu erkennen. So finden sich Passagen, die eine Selbstpräsentation der Jugendlichen mit rechtsextremen Bezügen dokumentieren – etwa das Zeigen von Hitlergrüßen vor laufenden Fernsehkameras (vgl. Bohn/Münchmeier 1997: 97 f.). Ein weiterer Anhaltspunkt für die Rekonstruktion der Ein-

stellung respektive eine Motivation des Gewalthandelns ist die, wie nebenbei beschriebene, „Opferauswahl" der jugendlichen Täter:innen. Es werden Angriffe auf „Gastarbeiter" und deren Unterkunft (vgl. Bohn/Münchmeier 1997: 102–104) sowie auf alternative Jugendliche (vgl. Bohn/Münchmeier 1997:112) erwähnt.

„Nach solchen gemütlichen Abenden gehörte das Anstänkern, Anrempeln oder auch gelegentliche ‚Aufmischen von Zecken' – Jugendlichen, die auch noch so spät in der stillen mecklenburgischen Kleinstadt unterwegs waren – einfach dazu, oder brachte überhaupt erst den richtigen Kick." (Alltagsnotiz: Bohn/Münchmeier 1997: 112)

Gewalt gegen andere Jugendliche wird hier affirmativ als Normalität gerahmt – als etwas, „das einfach dazu gehört". Zudem findet eine Entpolitisierung statt, wenn „Zecken" als „Jugendliche, die auch noch so spät […] unterwegs waren", beschrieben werden. Denn tatsächlich ist „Zecken" eine Bezeichnung für linke und alternative Jugendliche. Mit der entpolitisierenden Gruppenbeschreibung der Gewaltbetroffenen wird auch eine mögliche politische Motivation der Täter:innen unsichtbar gemacht. Weiter wird im AgAG nicht thematisiert, dass mehrheitlich jene Menschen von der Gewalt betroffen sind, die entsprechend einer rechten Ideologie zum Feindbild gemacht werden, da sie entweder als Gegner:innen („Zecken") oder als hierarchisch unterlegen, nicht zugehörig und somit ungleichwertig („Gastarbeitende") betrachtet werden.

3.4 Adressat:innenkonstruktion in der akzeptierenden Jugendarbeit

In der Literatur zum Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit werden die Adressat:innen hingegen explizit als „Skins" und „Rechte" benannt und ihre Bezüge zum Rechtsextremismus in Form von Aussagen und Handlungen als solche eingeordnet und erst im zweiten Schritt entpolitisiert. Die (Selbst-)Darstellung der Jugendlichen als Rechte wird ausschließlich als Provokation und Wunsch nach Anerkennung gedeutet und somit nicht als Ausdruck politischer Positionierung anerkannt (vgl. bspw. Krafeld 1992: 67; Krafeld 1996: 21, 49, 50 f.). Ebenso wie im AgAG bleibt in der Literatur zur akzeptierenden Jugendarbeit eine Thematisierung der tatsächlichen Opfer und Folgen der Gewalt vollkommen aus.

An einem Praxisbeispiel und der darauffolgenden Reflexion (Krafeld 1996: 113–118) werden pädagogische Reaktionen und die damit einhergehenden Herausforderungen beschrieben und begründet. In diesem Beispiel wird eine Situation dargestellt, in die sich die Fachkraft begibt, als sie eine Party von jugendlichen Adressat:innen besucht. Neben dem Vorhandensein von Nazi-Symboliken wird erläutert, dass zwei Jugendliche „gerade damit beschäftigt sind, ihre Waffen zu reinigen und die schließlich auch Versuchsschüsse vom Balkon aus abfeuern" (Krafeld 1996: 114). Zur Herausforderung wird die Situation für die Fachkraft aber erst, als ein Jugendlicher von seiner Beteiligung bei den pogromartigen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen einige Tage zuvor erzählt. Die Reaktion der Fachkraft beschränkt sich auf „das Zuhören und gelegentliche Nachfragen auf eher distanzierter, sachlicher Ebene" (Krafeld 1996: 116). In der Reflexion wird die Relevanz der sozialen Komponente der Interaktion betont, hinter welcher die Sach- und Informationsebene in den Hintergrund treten würde (vgl. Krafeld 1996: 117). Die pädagogische Relevanz der Interaktion besteht darin, dass der Jugendliche sich von der Fachkraft ernstgenommen und akzeptiert fühlt, indem er schockierende Dinge erzählen kann, ohne dafür Ablehnung und Widerspruch zu erfahren. Die kommunikative Interaktion zwischen den beiden wird als

„nicht-konfrontative Kommunikationsprozess“ (Krafeld 1996: 116 f.) benannt und gründet in der hypothetischen Annahme, dass ein Widerspruch von der Fachkraft das Ende des Interaktionsprozesses sei. Dies wiederum verunmögliche demzufolge jegliche spätere Option einer professionellen Auseinandersetzung über die Einstellung der Jugendlichen. Die Annahme, dass Widerspruch zu Kommunikationsabbruch führt, wird nicht näher belegt, sondern als grundlegender Ausgangspunkt formuliert, in dem sich das Handeln der Fachkraft erklärt und als vermeintlich alternativlos dargestellt wird (vgl. Krafeld 1996: 118).

In dem Beispiel werden Hinweise darauf gegeben, dass die Jugendlichen rechtsextremer Ideologie verbunden sind, diese wird aber nicht weiter eingeordnet. Zentral gesetzt werden angenommene Emotionen des Jugendlichen (Wunsch nach Anerkennung) und der Fachkraft (Überforderung und Zweifel). Eine Äußerung der Fachkraft „Hast du auch mal gesehen, wie die Vietnamesen wohnen“ (Krafeld 1996: 116) wird als distanzierte Nachfrage gerahmt und erschließt sich im angeführten Beispiel nicht als Bezugnahme auf eine Betroffenenperspektive, sondern steht dort ohne Zusammenhang. Eine politische Rahmung des Gewalthandelns als rassistisch oder rechtsextrem motiviert begründet, bleibt aus.

4 Eine spezifische Entpolitisierung der Gewalt

Die Gewalthandlungen der Jugendlichen wurden sowohl in der Literatur zum AgAG als auch im Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit als Ausdruck ihrer vermeintlichen Verunsicherung gedeutet, angelehnt an Wilhelm Heitmeyers „Desintegrationstheorem“ und die Analyse der „Risikogesellschaft“ nach Ulrich Beck (vgl. Bohn/Münchmeier 1997: 32, 96; Krafeld 1996: 39). Dadurch wurde das Gewalthandeln als logische Folge der jeweiligen gesamtgesellschaftlichen Ursachen („Wende“ und Pluralisierung von Lebensläufen) legitimiert und im Diskurs normalisiert. Deutlich tritt hier eine Parallele der Konzept- und Programmliteratur hervor: Die Deutungen der Gewaltmotivation werden in einen anderen politischen Kontext gesetzt. Das Gewalthandeln der Jugendlichen wird als Form des Aufbegehrens gegen die vermeintlichen Zumutungen ihrer Lebenssituation gedeutet. Eine mögliche Deutung von Gewalt als inhärenten Bestandteil rechtsextremer Ideologie wird damit überschrieben. So wird trotz der in den obigen Beispielen herausgearbeiteten Hinweise auf rechtsextreme Bezüge das Handeln der Jugendlichen, die „Zecken klatschen“ oder eine Reichskriegsflagge aufhängen und sich an den rassistischen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen beteiligen, nicht mit dem vermeintlich Naheliegenden begründet: einer rechtsextremen Ideologie. Diese Motivation wird nicht thematisiert, sondern es werden Erklärungsmuster von individueller Verunsicherung, hervorgerufen durch gesamtgesellschaftliche Veränderungsprozesse, angeführt. Diese Erklärungsmuster für das Gewalthandeln lassen sich in der Literatur nicht als von den Jugendlichen kommend rekonstruieren, sondern werden von den Programm- und Konzeptverantwortlichen gesetzt. Das Ausblenden von Betroffenen und Folgen der Gewalt, das sich in der Literatur dokumentiert, ist Bedingungsfaktor sowie Konsequenz dieses Erklärungsmusters zugleich.

Durch die gesellschaftskritischen Erklärungsmuster für das Gewalthandeln der Jugendlichen, die Wilhelm Heitmeyer und Ulrich Beck in ihren Analysen anführen und auf die sich Konzept- und Programmliteratur beziehen, wird es möglich, die jugendlichen Täter:innen als

Opfer zu stilisieren. Obwohl ein Ergebnis der wissenschaftlichen Begleitung im AgAG zeigt, dass der geringste Teil der Jugendlichen desintegriert oder prekär war (vgl. Böhnisch et al. 1997: 52), ändert dies nichts an der genannten Deutungslogik. Über dieses Narrativ wird die Gewalt, wenn auch indirekt und vermutlich unintendiert, legitimiert. Wäre das Gewalthandeln als unpolitisch und ziellos gerahmt worden, hätte die eindimensionale Darstellung der Jugendlichen als „Opfer der Verhältnisse" nicht in dem Maße verfangen können. Denn erst über diese spezifische Form der Entpolitisierung wird es möglich, die Jugendlichen pädagogisch ausschließlich als unterstützungsbedürftig und nicht als Täter:innen, deren (Gewalt-) handeln pädagogische Konsequenzen erfährt, zu adressieren. Obwohl sich konkrete pädagogische Reaktionen in Konzept- und Programmliteratur unterschiedlich ausbuchstabieren, zeigt sich im Fehlen von Grenzen und Grenzziehungen eine Parallele, die nun näher erläutert wird.

4.1 „Konfrontation mit dem tiefgreifenden Anderssein" – Beziehungsarbeit mit Täter:innen

Die pädagogische Arbeit der Fachkräfte beschränkt sich in der gesamten Literatur auf die Unterstützung der Jugendlichen bei der Bewältigung individueller Probleme sowie auf das abstrakt formulierte Ziel, Partizipation zu ermöglichen. Eine aktive Adressierung der Jugendlichen als (potenzielle) Täter:innen kommt in der AgAG-Evaluation nicht vor. Im Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit findet sich diese Auseinandersetzung lediglich vermittelt in der Wirkungsannahme der Beziehungsarbeit und in den Verweisen, dass dies erst zu einem späteren Zeitpunkt möglich sei.

Der Prozess der Beziehungsarbeit soll durch pädagogische Akzeptanz und Anerkennung der Jugendlichen geprägt sein. Wie im obigen Beispiel dargestellt, ist dafür ein bewusstes Aushalten von Haltungen und Aussagen zentral, die den eigenen Moralvorstellungen widersprechen. Das beinhaltet auch, dass Pädagog:innen sich durch rechte und rechtsextreme Selbstdarstellungen, Handlungen und Aussagen der Jugendlichen nicht provozieren und/oder einschüchtern lassen. Während Zugang zu den Jugendlichen und Aufbau von Beziehung in der Literatur beschrieben und beispielhaft belegt werden, stellt die Ausdifferenzierung von Grenzsetzungen hingegen eine Leerstelle im Konzept dar. Zwar wird in der akzeptierenden Jugendarbeit betont, dass die pädagogische Konfrontation und eine Bereitschaft zu streiten, die „Konfrontation mit dem tiefgreifenden Anderssein" (Krafeld 1996: 95), zentral für diese Arbeit seien – trotzdem bleibt unklar, wo die Akzeptanz und die Bereitschaft zur Auseinandersetzung enden, respektive enden müssen.

Auch im AgAG sind entsprechende Grenzen uneindeutig definiert: Im Zuge eines Austauschtreffens Ende 1992 wurden sogenannte Leitplanken formuliert, die u. a. beinhalteten, dass „keine Gewalt aus den Projekten heraus" und „keine Ideologisierung bzw. Politisierung in den Projekten" (Bohn/Münchmeier 1997: 105) erfolgen durfte. Weiter waren „extreme politische Agitationen aus den Projekten herauszuhalten" (Bohn/Münchmeier 1997: 105). Auch die akzeptierende Jugendarbeit benennt die Notwendigkeit der Grenzziehung bei gezielter rechtsextremer Propaganda oder wenn Projekte für „sozialfeindlich empfundene Aktivitäten instrumentalisiert oder genutzt" (Krafeld 1992: 42) werden. Die persönlichen Grenzen des Aushaltbaren der Mitarbeitenden werden als legitimer Maßstab zur Grenzziehung dargestellt (vgl. Krafeld 1992: 42; Krafeld 1996: 28). Dies erscheint beinahe konträr

zum Akzeptanzparadigma, die daraus entstehenden Ambivalenzen bleiben ungelöst. Ausformulierungen und Empfehlungen entsprechender Handlungsmöglichkeiten, durch die sich professionell begründete Grenzen in der praktischen Arbeit umsetzen ließen, fehlen. In diesem Zusammenhang zeigen sich in der Programm- und Konzeptliteratur weitere Leerstellen. Diese Leerstellen können in einem Verhältnis wechselseitiger Bedingtheit zu der beschriebenen Entpolitisierung und deren Folgen verortet werden – also zugleich Ursprung und Konsequenz.

4.2 Fehlende Konzepte für pädagogisches Handeln und Betroffene der Gewalt als Leerstellen

Die folgenden Punkte wurden als parallele Leerstellen in der Programm- und Konzeptliteratur identifiziert:

Zum einen fehlen professionelle, methodisch strukturierte Konzepte für das pädagogische Handeln. Zwar werden Begriffe wie Partizipation, Akzeptanz und bewusstes Aushalten gesetzt, aber nicht inhaltlich gefüllt.

Zum anderen fehlt die Thematisierung der Perspektiven der Betroffenen von Gewalt sowie deren Folgen. Bei näherer Betrachtung der Beispiele aus Alltagsnotizen und Fallbeispielen fällt auf, dass sich in der darin beschriebenen „Opferauswahl" eine Orientierung am Feindbild rechter Ideologien abzeichnet. Eine differenzierende Analyse und kontextualisierende Einordnung der Gewalt auf dieser Grundlage fehlen in der Literatur. Das Ausbleiben einer Analyse der Betroffenengruppen steht in direktem Zusammenhang mit der Abwesenheit einer genaueren Analyse der Motivation des Gewalthandelns, welche über das generalisierende gesellschaftskritische Narrativ hinausgeht. Hier zeigt sich die erwähnte gegenseitige Bedingtheit. Durch das Nicht-Thematisieren einer Betroffenenperspektive können die Gewalttaten als Form des Protestes gegen die gesellschaftlichen Zustände und die Jugendlichen somit als Opfer der Verhältnisse dargestellt werden. Zugleich ermöglicht die Ausgrenzung der Betroffenen(-perspektive) die Stärkung der Täter:innen – durch individuelle Unterstützung, die sie erfahren, und die Möglichkeit, Räume der Jugendarbeit nutzen und sich dort vernetzen zu können.

Die vergleichende Literaturanalyse hat Parallelen des Aktionsprogrammes und der akzeptierenden Jugendarbeit bezüglich der Einordnung, respektive der Motivation des Gewalthandelns im politischen Diskurs deutlich gemacht. Den daraus folgenden Reaktionen ist gemeinsam, dass die Betroffenen der Gewalt unsichtbar gemacht werden und somit die Täter:innen zu Opfern umgedeutet werden können. Die Literaturanalyse legt nahe, dass diese Mechanismen nicht in der Praxis entstanden, sondern bereits in der Programmatik und Konzeptlogik angelegt sind. Damit wird die Annahme, das Aktionsprogramm sei an den Bedingungen der ostdeutschen Transformationsgesellschaft gescheitert, infrage gestellt. Im Folgenden soll eine Deutung angeboten werden, warum sich diese Annahme trotzdem durchgesetzt hat. Dafür wird der Diskursmechanismus der „Ossifizierung" (Heft 2018) und der Begriff der „Dominanzkultur" (Rommelspacher 2006) erläutert.

5 Ossifizierung im Diskurs und die Unsichtbarkeit rechter Gewalt in der Dominanzkultur

Die Konstruktion der Jugendlichen als Opfer der Verhältnisse begründet sich im AgAG explizit mit der Herausforderung der Transformationsprozesse im Systemwechsel und einer damit einhergehenden Verunsicherung. Dagegen werden in der akzeptierenden Jugendarbeit generell die Phase der Adoleszenz, aber auch die sich immer schneller wandelnde Gesellschaft und die Pluralisierung von Lebensläufen als Gründe für Verunsicherung und somit Auslöser der Gewalt angenommen. Im Literaturvergleich fällt auf, dass im AgAG das „Wende"-Erleben als singulär ursächlich gesetzt und nicht thematisiert wird, dass Adoleszenz oder ein über die damaligen neuen Bundesländer hinaus gehender gesellschaftlicher Wandel auch von Relevanz sein könnte. Dadurch entsteht der Eindruck, das Erleben des Systemwechsels sei direkt ursächlich für das Gewalthandeln. Hier deutet sich ein Mechanismus an, für den die Kulturwissenschaftlerin Kathleen Heft (2018) den Begriff „Ossifizierung" prägte, und der eine spezifische Form des Otherings benennt. Dabei wird eine Diskurslogik beschrieben, in der das vermeintlich Ostdeutsche unhinterfragt von einer konstruierten westdeutschen Normalität abgegrenzt wird. Die Setzung ist hierarchisiert, da das „Westdeutsche" als Normalität und das „Ostdeutsche" somit als unterlegen positioniert wird. Dieser Mechanismus zeigt sich im Diskurs um das AgAG beispielsweise darin, dass die Deutung, das AgAG sei wegen ostdeutscher Bedingungen gescheitert – konkret: mangelnder Professionalität und breiter Zustimmung zu rechten Einstellungen – im (Fach-)Diskurs bis heute hegemonial ist. Ausschlaggebend dafür könnte sein, dass dieses Erklärungsmuster an abwertende stereotype Bilder von Ostdeutschland anschließt. Eine generalisierende Abwertung der Bedingungen in den damaligen neuen Bundesländern war anschlussfähig und als Erklärung für das pauschale Scheitern des AgAG ausreichend. Differenzierende Analysen, welche die Heterogenität der Projekte bezüglich Adressat:innen oder regionaler Kontexte beachtet hätten, fehlen weitgehend.

Die pauschale Erklärung vom Scheitern des AgAGs, begründet in den (strukturellen) Bedingungen der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, stabilisiert das Narrativ eines Kausalzusammenhangs von Jugend, „Wende" und Rechtsextremismus.

Die Ergebnisse der oben erläuterten Literaturanalyse legen nahe, dass es nicht nur strukturelle, sondern auch konzeptionelle Momente sind, die zur Stärkung rechter Strukturen in den damaligen neuen Bundesländern beigetragen haben. Daher schließt der Artikel mit der Erläuterung von dominanzkulturellen Logiken, die im Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit und im AgAG wirkmächtig waren. Die beschriebene Spezifik der Entpolitisierung des Gewalthandelns der Jugendlichen – also die Annahme, einer in vermeintlich ungünstigen gesellschaftlichen Bedingungen entstandenen Unsicherheit sei die Motivation des Gewalthandelns statt rechter Ideologie – hat, wenn auch unintendiert, zur Normalisierung und Legitimierung rechter Gewalt beigetragen. Dies steht in direktem Zusammenhang damit, dass sowohl in der Programm- als auch in der Konzeptliteratur die Betroffenenperspektive und die Gewaltfolgen unbeachtet bleiben konnten und nicht thematisiert werden mussten. Birgit Rommelspacher (1995) hat den Begriff der Dominanzkultur entwickelt. Damit benennt sie die patriarchal und rassistisch geprägte Grundstruktur der Gesellschaft. Für das AgAG und die akzeptierende Jugendarbeit lassen sich diesbezüglich zwei zentrale Komponenten festhalten: So kann Bagatellisierung und Normalisierung von Gewalthandeln als stereotyp männlich

konnotierte Praxis eingeordnet werden (ausführlich hierzu: Bruns/Lehnert 2022). Die Unsichtbarkeit der tatsächlichen und potenziellen Gewaltbetroffenen wird durch rassistische Gesellschaftsstrukturen (re-)produziert. Diese beiden Faktoren bedingen die unkritische Täter:innenfokussierung in der untersuchten Literatur mit. Denn aus der dominanzkulturellen Normalität heraus gibt es entweder keine Notwendigkeit oder wenig Möglichkeit, diese Gewalt zu problematisieren: für jene, die Teil der Dominanzgesellschaft und in ihr sozialisiert sind, bleibt sie häufig unsichtbar – und für diejenigen, die von den Strukturen und der daraus resultierenden Gewalt betroffen sind, erschweren die gesellschaftlichen Machtverhältnisse eine Thematisierung.

Die damaligen Konzepte, Erfahrungen und Kritiken sind wichtige Ressourcen in der Auseinandersetzung mit den Herausforderungen der offenen Jugendarbeit in ihrem Umgang mit rechten Jugendlichen. Wenn wir die Verantwortung der Sozialen Arbeit im NSU-Komplex (Kleffner 2015; Bruns 2019) verstehen und daraus lernen wollen, dann scheint es sinnvoll, das AgAG und die akzeptierende Jugendarbeit mit heutigem Wissen und Forschungsständen zu analysieren. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem AgAG muss die Diskurse und Konzepte sowie die Methoden und das professionelle pädagogische Handeln, die damit im Zusammenhang stehen, in ihrem Gewordensein und im zeithistorischen Kontext betrachten. Das bedeutet auch, dominanzkulturelle Perspektiven kritisch zu reflektieren – die in diesem Zusammenhang eben nicht nur *weiß* und männlich, sondern auch westdeutsch sind.

Literaturverzeichnis

Antifaschistisches Infoblatt (1993). Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt. AIB 21/1.

Antifaschistisches Infoblatt (1997). Sozialarbeit mit rechten Jugendcliquen. AIB 39/3.

Autrata, Otger (2003). Prävention von Jugendgewalt. Nicht Repression, sondern verallgemeinerte Prävention. Wiesbaden: Springer Fachmedien GmbH.

Blome, Mathis & Manthe, Barbara (Hrsg.) (2014). Zum Erfolg verdammt. Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus. Düsseldorf: IDA – Informationszentrum für Antirassismusarbeit e.V.

Bohn, Irina & Münchmeier, Richard (1997). Dokumentation des Modellprojektes. Münster: Votum Verlag GmbH.

Bohn, Irina; Fuchs, Jürgen & Kreft, Dieter (Hrsg.) (1997). Materialsammlung aus der öffentlichen Diskussion. Münster: Votum Verlag GmbH.

Bohn, Irina; Kreft, Dieter; Stüwe, Gerd & Weigel, Georg (1993). Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt. In Hans-Uwe Otto & Roland Merten (Hrsg.), Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch. Schriftreihe Band 31 (S. 301–309). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Böhnisch, Lothar; Fritz, Karsten & Seifert, Thomas (Hrsg.) (1997). Die wissenschaftliche Begleitung. Ergebnisse und Perspektiven. Münster: Votum Verlag GmbH.

Buderus, Andreas (1998). Glatzenpflege auf Staatskosten. Bonn: Pahl-Rugenstein.

Bruns, Lucia (2019). Der NSU-Komplex und die akzeptierende Jugendarbeit. Perspektiven aus der Sozialen Arbeit. Oldenburg: Bis-Verlag.

Bruns, Luca & Lehnert, Esther (2022). Zur Entpolitisierung von Männlichkeiten im Kontext des sozialpädagogischen Handelns mit rechten Jugendlichen Anfang der 1990er-Jahre. ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung, 2(2), S. 251–267.

Dierbach, Stefan (2010). Jung – rechts – unpolitisch. Die Ausblendung des Politischen im Diskurs über rechte Gewalt. Bielefeld: transkript Verlag.

Drieschner, Frank (1993). Glatzenpflege auf Staatkosten. Die Zeit 33/1993. 13. August 1993.

Glaser Michaela & Greuel Frank (2012). Pädagogische Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen. BIK-netz Präventionsnetzwerk gegen Rechtsextremismus.

Glaser, Michaela (2022). Soziale Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen. Geschichte und aktuelle Konturen eines schwierigen Arbeitsfeldes. In Michaela Köttig; Nicolaus Meyer; Johanna Bach; Connie Castein & Mona Schäfer (Hrsg.), Soziale Arbeit und Rechtsextremismus. Ein Studienbuch für Lernende und Lehrende (S. 179–192). Opladen & Toronto: Barbara Budrich.

Heft, Kathleen (2018). Brauner Osten – Überlegungen zu einem populären Deutungsmuster ostdeutscher Andersheit. Feministische Studien, 36(2), S. 357–366.

Köttig, Michaela (2022). Akzeptieren?! – Konfrontieren?! Gesellschaftshistorische Einbettung und gegenwärtige Herausforderungen an professionelle Ansätze in der Sozialen Arbeit im Umgang mit extrem rechten Tendenzen. In Christoph Gille; Birgit Jagusch & Yasmine Chehata (Hrsg.), Die extreme Rechte in der Sozialen Arbeit. Grundlagen – Arbeitsfelder – Handlungsmöglichkeiten (S. 157–170). Weinheim: Beltz Juventa.

Kleffner, Heike (2015). Die Leerstelle in der Fachdiskussion füllen. Sozialarbeit und der NSU-Komplex. Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 40, S. 44–47.

Krafeld, Franz Josef (Hrsg.) (1992). Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen. Landeszentrale für politische Bildung Bremen: Steintor.

Krafeld, Franz Josef (1996). Die Praxis Akzeptierender Jugendarbeit. Konzepte – Erfahrungen – Analysen aus der Arbeit mit rechten Jugendcliquen. Opladen: Leske und Budrich.

Krafeld, Franz Josef (1999). Ist die akzeptierende Jugendarbeit gescheitert? Jugendarbeit im Umgang mit Rechtsextremismus und Gewalt. In ZDK (Hrsg.), Keine Akzeptanz von Intoleranz. Grenzen der akzeptierenden Jugendsozialarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen. Bulletin – Schriftreihe des Zentrum Demokratischer Kultur. 1.1999. (S. 9–10). Berlin: Ratzlow Druck.

Möller, Kurt (2003). Aktuelle politische Programme und Aktivitäten der pädagogischen und Sozialarbeiterischen Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – eine kritische Zwischenbilanz. In Heinz Lynen von Berg & Roland Roth (Hrsg.), Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleiten. Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen (S. 27–50). Opladen: Leske + Budrich.

Nolde, Kai (2021). Die Anfänge der (mobilen) Jugendarbeit mit rechten Cliquen in Sachsen. Praxiserfahrungen aus einem hereinbrechenden Jahrzehnt. Zwischenbericht der ReMoDe Begleitforschung. MJA Sachsen.

Norddeutsche Antifagruppen (Hrsg.) (1997). Rosen auf den Weg gestreut. Kritik an der „Akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen“. Hamburg: rat

Rommelspacher, Birgit; Polat, Ülger & Wilpert, Czarina (2003). Die Evaluation des CIVITAS-Programms. In Heinz Lynen von Berg & Roland Roth (Hrsg.), Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleiten. Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen (S. 51–75). Opladen: Leske + Budrich.

Rommelspacher, Birgit (1992). Rechtsextremismus und Dominanzkultur. In: Andreas Foitzik, Rudi Leiprecht, Athanasios Marvakis & Uwe Seid (Hrsg.), „Ein Herrenvolk von Untertanen“. Rassismus – Nationalismus – Sexismus. (S. 81–94). Duisburg: Diss-Studien.

Rommelspacher, Birgit (1995). Dominanzkultur: Texte zu Fremdheit und Macht. Berlin: Orlanda Frauenverlag.

Schumacher, Nils & Zimmermann, Gillian (2021). „Großversuch“ im Schatten der Gewalt. Erfahrungen im „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ sowie in weiteren Ansätzen der Arbeit mit rechts(extrem) orientierten Jugendlichen in Sachsen bis Ende der 1990er Jahre. Zwischenbericht der ReMoDe Begleitforschung. MJA Sachsen.

Strübing, Jörg (2014). Grounded Theory. Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung eines pragmatischen Forschungsstils. 3. überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: Springer VS.

Stützel, Kevin (2019). Jugendarbeit im Kontext von Jugendlichen mit rechten Orientierungen. Rekonstruktiv-praxeologische Perspektiven auf professionelles Handeln. Wiesbaden: Springer VS.

Thüringer Landtag (2014). Bericht des Untersuchungsausschusses 5/1. Rechtsterrorismus und Behördenhandeln. Thüringer Landtag 5. Wahlperiode. Drucksache 5/8080 vom 16. 07. 2014.

Tribunal NSU-Komplex auflösen (2017). Wir klagen an! – Anklage des Tribunals NSU-Komplex auflösen 17.–21. Mai 2017. Köln-Mühlheim.

Weber, Ilona (1999). Chancen und Grenzen des „akzeptierenden Ansatzes" in der Jugendarbeit. In ZDK (Hrsg.), Keine Akzeptanz von Intoleranz. Grenzen der akzeptierenden Jugendsozialarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen. Bulletin-Schriftreihe des Zentrum Demokratischer Kultur. 1.1999 (S. 13–19). Berlin: Ratzlow Druck.

Willems, Helmut (zusammen mit Eckert, Roland; Würtz, Stefanie & Steinmetz, Linda) (1993). Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen Täter Konflikteskalation. Opladen: Leske + Budrich.

Open Access © 2023 Autor*innen. Dieses Werk ist bei der Verlag Barbara Budrich GmbH erschienen und steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0).